

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 531

Mittwoch, 03. April 2013

20. Jahrgang

Hinter verschlossenen Türen

Es ist sicher nicht das erste Mal, dass wir über die Parlamentsarbeit im guatemaltekischen Kongress berichtet haben. Der im folgenden übersetzte Artikel von Jody Garcia aus der Zeitung „La Hora“ gibt einen Einblick in die aktuelle Arbeit der PP-Regierung und Opposition.

Anders als es dargestellt wird, werden die meisten Einigungen, die über die Tagesordnung der Legislative bestimmen, nicht im Plenum, den Ausschusssitzungen oder durch die FraktionsführerInnen ausgehandelt, sondern in privaten Treffen ausserhalb der Räumlichkeiten des Kongresses.

Diese Praxis, ebenso alt, wie auch heute häufig anzutreffen, ist eine der umstrittensten Themen in puncto Transparenz und Repräsentanz der guatemaltekischen Abgeordneten. Das Bild, das die meisten BürgerInnen von der Legislative haben, ist die von Deputierten, die ein Mikrofon in der Hand haben und im Abgeordnetenhaus hitzig über die Gesetzesentwürfe streiten, mit den Funktionären im Halbrund des Plenums diskutieren oder ihre Stimme erheben und ihre politischen GegnerInnen beschämen. Doch ist das nur die sichtbare Fassade des Kongresses, weil die wahrhaft wichtigen Entscheidungen, wie Pakte, Abkommen, Unstimmigkeiten und Verhandlungen in privaten Treffen stattfinden – in Restaurants, Hotels oder Büros, also dort, wo die BürgerInnen keinerlei Zugang haben – und auch die Medien nicht. Ein Beispiel dafür war die kürzliche Suche nach den Vorsitzenden der 47 Arbeitsausschüsse, die nach aussen hin innerhalb von etwa drei Arbeitstagen im Halbrund des Plenums konkretisiert und der Presse präsentiert wurde. Aber in Wirklichkeit wurde das erst in Verhandlungen von mehr als einem Monat Dauer im Voraus und nur nach einer Serie von Pakten erreicht. In anderen Ländern nutzen die Regierenden die „politische Lobby“, die im Staatshaushalt des Staates eingeschlossen ist; diese Treffen sind ebenfalls gesetzlich geregelt und durch Medienpräsenz transparent. Aber in Guatemala finden die Verhandlungen im Geheimen statt, zumindest jene, die wirklich von politischer Bedeutung sind. Diese Situation schafft verschiedene Fragen, aber die akuteste ist: Was müssen die RepräsentantInnen des Volkes eigentlich vor denen, die sie repräsentieren, verbergen?

Verhandlungen oder Korruption?

Da die wichtigsten Treffen der Abgeordneten hinter verschlossenen Türen stattfinden, gibt es keine Klarheit darüber, worüber sie diskutierten, obwohl natürlich Spekulationen darüber angestellt werden, was zwischen den PolitikerInnen angeboten wird, um eine gemeinsame Tagesordnung oder Einigung in Bezug auf Posten, Befragungen oder parlamentarischen Anfragen zu erzielen. Der Analyst der Acción Ciudadana, David Gaitán, versichert, dass wenn in den Treffen Geld oder andere Leistungen angeboten wird im Austausch beispielsweise mit der Verabschiedung eines Gesetzesentwurfes oder der Zurücknahme einer parlamentarischen Anfrage, „kann man nicht von einem Konsens oder Abkommen sprechen, sondern man muss von Korruption sprechen.“

Der Abgeordnete der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) Mario Taracena, erklärte hingegen, dass diese Situation deshalb gegeben sei, weil es keine „wirklichen PolitikerInnen“ im Kongress gebe, sondern es sich dort um „Händler“ handle, die im Abgeordnetenhaus sässen. Der Abgeordnete versicherte, dass es diese

Inhalt

Hinter verschlossenen Türen....1

Genozidprozess gegen Rios Montt hat begonnen!.....3

Repressionswelle gegen MenschenrechtsverteidigerInnen....5

Huelga de Dolores/Aufstand der Schmerzen 2013.....6

“Die Huelga ist die Stimme der Ungehörten“7

Art der Verhandlungen immer in der Legislative gegeben habe und er gab auch zu, dass es das auch gegeben habe, als seine Partei an der Regierung war. Damals hatten die Mitglieder der Regierungsfraktion ihn „erpresst“, damit sie bestimmte Posten erhielten oder gute Listenplätze für die Wahlen. Er versicherte weiterhin, dass bei dieser Art von Verhandlungen um „sehr grosse“ Einsätze gespielt wurde und dass der Haushaltsentwurf das grundlegende Element ist, das für die Zahlungen bei diesen Verhandlungen verwendet wird. Gleichzeitig würden auf diese Art und Weise auch Schlüsselposten in den öffentlichen Institutionen und in den Grauzonen verteilt.

Der Abgeordnete Amílcar Pop erklärt, dass es im Kongress die Möglichkeit gebe, einen Konsens zu erzielen und dass es deshalb Zuteilungen im Rotationsprinzip im Haushalt der Arbeitsausschüsse und der Fraktionsführungen gebe, dort wo man Diskussionen auf hohem Niveau erwartet, um die Tagesordnung des Kongresses zu bearbeiten. All dies geschehe jedoch nur bei wenigen Gelegenheiten. Daher, so sagt Pop weiter, müsse man zwei Themen voneinander trennen: Das eine ist das Plenum und die Fraktionen, und das andere sind die ökonomischen Mächte, „die die PolitikerInnen kaufen und verkaufen“. Auf der selben Ebene – so stellt der Abgeordnete fest – sei der Unternehmenssektor der Hauptschuldige für die geheimen Verhandlungen, die im Kongress stattfinden. „Die UnternehmerInnen bewirken nicht die Korruption, die UnternehmerInnen bestechen.“ Sie seien jene, die die Wahlkampagnen der PolitikerInnen finanzierten und daher fühlten sich jene verpflichtet, für ihre Dienste zu zahlen, entweder durch die Annahme von Gesetzen, von denen die Patrone profitieren oder dadurch, dass der ein verabschiedetes Projekt von dem Unternehmen, das die Kampagne finanziert hat, übernommen wird, sagt Pop. Häufig „sind es Pakte, die seit der Wahlkampagne beschlossen worden sind“. Über eine lange Zeit haben sie über die Finanzierung diskutiert, die UnternehmerInnen und diverse mächtige Gruppen mit wirtschaftlicher Kraft vornehmen, und welche Folgen das für die Demokratie hat.

Der perfekte Handel

Ein Fall, der eine Verhandlung ausserhalb des Kongresses beispielhaft darstellt, war der Pakt, der die Annahme des Haushalts für das Jahr 2013 in Rekordzeit und als einen „nationaler Notstand“ erlaubte. Während dieses Prozesses haben die Abgeordneten der regierenden Patriotischen Partei (PP) und ihre Verbündeten ein intensives Taktieren ausserhalb des Kongresspalasts ausgeführt. So geschah es, dass Regierungsabgeordnete sowie solche von GANA, Todos, VIVA, PU, dem Block „Mein Land“ und der UCN sich am Sitz der Fundación Alejos in der Zone 10 der Hauptstadt getroffen haben. Dabei wurde vereinbart, der PP dabei zu helfen, den Haushalt durch zu bekommen und als Gegenleistung waren die verbündeten Fraktionen die Nutzniesser auf der Liste der geographischen Aufgaben, d.h. sie hatten jene Aufträge in der Grauzone unter ihrer Kontrolle, die in dem Land verteilt wurden, um Kontraktfirmen und bestimmte Distrikte profitieren zu lassen. Es gibt keine Zweifel, dass aus diesen privaten Treffen Akte der Korruption erwachsen. Allerdings versichert Gaitán: um diese Form der Aktivitäten nachzuprüfen, müssten sie bewiesen werden. Und um genau das zu verhindern, würden diese Dinge eben auf privaten Treffen behandelt und nicht im Kongress. Das Problem würden also immer die Beweise sein, sagt der Analyst und führt fort, dass um diese zu bekommen, der Rechnungshof (CGC) und die Staatsanwaltschaft effizient und unabhängig sein müssten, um zu verhindern, dass politische Interessen in ihrer Ermittlungen eingreifen. Daher sei die Schwäche der Institutionen so wichtig, um die Korruption in den höchsten politischen Ebenen, etwa bei den Abgeordneten nicht zu behindern. Das zu ändern, werde eine schwierige Aufgabe sein.

Das politische Gewicht

Im Kongress sitzen 158 Abgeordnete, die politische Macht konzentriert sich auf die Regierungspartei PP mit 60 und der Oppositionspartei LIDER mit 36 Abgeordneten. Die anderen Parteien mit einer grösseren Anzahl sind TODOS (16), GANA (12), CREO (8), UNE (7). Und schliesslich gibt es Minderheitengruppen mit vier oder weniger Mitgliedern und die Unabhängigen, die eine ganz individuelle Agenda haben. Ausser den beiden grossen Parteien, können die anderen die ihr Gewicht in der Parlamentsarbeit nur dann erhöhen, wenn sie sich vereinen oder wenn sie sich den beiden anderen anschliessen. Aus diesen Machtkonstellationen entwickeln sich die Verhandlungen der Legislative.

Das Problem und die Lösung

Marco Antonio Barahona, Direktor des Zentralamerikanischen Instituts für Politische Studien (Incep) erklärt, dass es sich um ein strukturelles Problem handele, welches aus der Schwäche der politischen Institutionen resultiere. Die Abgeordneten sehen ihre Funktion nicht in der Ausübung der Repräsentanz des Volkes, sondern sie arbeiten als RepräsentantInnen eines bestimmten Sektors und zur Befriedigung von deren Interessen. Barahona sieht daran auch den Grund für die Ungleichgewichte der Gewalten, die in Guatemala herrschen, da die eigentliche Machtbasis von den UnternehmerInnen jeglicher Art gelenkt werde. Taracena versichert, dass es eine Lösung für das Problem der Korruption gebe und bereits in den Organen der Legislative präsent sei, und zwar: „die PolitikerInnen zu befördern und die UnternehmerInnen herauszuholen“. Er sehe als einzigen Ausweg die Reform des Gesetzes über das Wahlrecht und die Politischen Parteien, das ein haushaltstechnisches Dach biete für die Ausgaben der politischen Propaganda und so die Möglichkeit begrenze, dass UnternehmerInnen Millionen Kampagnen finanzieren könnten. Zugleich müsse ein Fördersystem für politische Parteien geschaffen werden. Der Direktor der Incep stimmt mit Taracena darin überein, dass eine Reform des Ge-

setzes über die Wahl und die Politischen Parteien verhindern würde, dass die Ergebnisse einer Abgeordnetenversammlung durch die Zahlungen für die Wahlkampagnen bestimmt werden.

Strategien im Kongress

- **Regierungsseite:** Die Strategie der Regierungspartei besteht in einer „Win-Win“. Das bedeutet, dass die parlamentarische Gruppe die Abstimmung über ein Gesetz, gewinnen wird – und das scheint immer die Regierungspartei zu sein, solange diejenigen, die ihre Stimmen abgeben, sich als Alliierte oder Scharnier bezeichnen, werden diesen Liste der geographischen Aufgaben zugewiesen, mit denen sie von bestimmten Kontaktfirmen profitieren können, ihre Wiederwahl fördern können und von anderen öffentlichen Aufträgen in ihrem Wahlbezirk profitieren können.

- **Opposition:** Die Strategie der Oppositionsfraktion ist eine andere und besteht in der Erlangung von Abgeordnetensitzen. Damit könne mehr Gewicht und Präsenz im Kongress erlangt werden. Genau wie die Regierungsfraktion, muss auch die Opposition Profit oder Geld anbieten, damit diese Abgeordneten sich ihrer Fraktion anschliessen. Es könnte sein, dass dem Abgeordneten einen höheren Platz auf der Wahlliste angeboten wird und ihm so die Wiederwahl garantieren, verbunden mit dem Versprechen, dass das passiere, wenn diese Partei dann Regierungspartei sein werde. Eine andere Option ist es, eine grössere Summe an Bargeld zu zahlen, damit der Parlamentarier seine Partei wechselt.

(JODY GARCIA, *La Hora*, 14. März 2013)

Genozidprozess gegen Rios Montt hat begonnen!

Guatemala, 26. März. Am Dienstag, den 19. März begann der erste Prozess in Guatemala, in dem ranghohe Militärs – Efraín Ríos Montt und José Mauricio Rodríguez Sánchez – sich wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen. Es ein immenser Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für das guatemaltekeische Volk, der mehr als 30 Jahre auf sich warten liess und unzähligen gerichtlichen Versuchen, den Prozess zu stoppen, ausgesetzt war. Efraín Ríos Montt, 86 Jahre alt ist somit der erste Ex-Staatschef, der in Mittelamerika wegen Völkermord vor Gericht steht. Um dies zu erreichen, musste man bis letztes Jahr warten, als Montt nicht mehr Abgeordneter im Parlament warn und somit seine Immunität verlor, die ihn bis dato schützte. Während der 17 Monaten, in denen er das Land regierte, wurde eine blutige Gewaltherrschaft ausgeübt, die viele Massaker mit sich zog. Montt ist nun des Mordes an mindestens 1.771 Indigenen der Maya-Ethnie Ixil angeklagt. Die Klägerorganisationen AJR (Asociación para la Justicia y Reconciliación) und CALDH (Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos) möchten nun diesem historischen Prozess möglichst publik machen und veröffentlichen dazu zu jedem Prozesstag ein Resümee. Hier folgen die ersten Verhandlungstage:



19.3.2013 - erster Gerichtstag

Das Erste Strafgericht betrat pünktlich den Saal des Obersten Gerichtshofes. In diesem Moment befanden sich bereits mehr als 400 Personen in dem Raum, darunter Überlebende, Mitglieder soziale Organisationen, internationale BegleiterInnen, Mitglieder internationaler Organisationen und mehr als 30 nationaler MedienvertreterInnen. Ausserhalb des Gerichtshofes warteten dutzende von Personen, die nicht mehr in den Saal gelassen worden waren.

Die Verteidigung, ihrer alten Strategie treu, versuchte auf verschiedene Arten den Prozessbeginn zu verhindern. Der Angeklagte José Efraín Ríos Montt und sein neuer Anwalt (, die vier, die ihm bis jetzt verteidigten, sah man in der Nähe des Gerichtshofes in einem Restaurant sitzen,) hoben vor allem hervor, dass in den vergangenen Gerichtsverhandlungen eine „schlimme Feindschaft“ zwischen dem neuen, vom Gericht akzeptierten Verteidiger und der Präsidentin des Gerichts konstatiert worden war und er somit nicht verteidigen könne. Das Gericht wies den Einspruch zurück. Dies endete letztendlich damit, dass die Präsidentin den Verteidiger des Saales verwies und Ríos Montt, nun seines Rechtsbeistands verwaist, wurde den Verteidigern von Rodríguez Sánchez zugewiesen. Drei Stunden später erklärte die Präsidentin des Gerichts, Richterin Jassmin Barrios, dass der Prozess wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen José Efraín Ríos Montt und José Rodríguez Sánchez eröffnet sei. Staatsanwaltschaft und Kläger AJR und CALDH unterstrichen die Wichtigkeit des Prozesses und der Anhörung der ZeugInnen, damit gleiches niemals wiederholt werde. Die Angeklagten ihrerseits zogen es vor zu schweigen. Um 15 Uhr wurden die ersten ZeugInnen vernommen, unter ihnen Nicolás Bernal Brito, der erklärte, wie sie gezwungen wurden zu patrouillieren, wie die Armee Familienmitglieder und NachbarInnen umbrachte, darunter viele Frauen, Kinder und Ältere, also diejenigen, die nicht schnell genug weglaufen konnten. Er informierte das Gericht darüber, wie die Massaker von statten gingen, wie sich die Geflüchteten in den Bergen versteckten, warum sie Amnestie von der Armee erhielten und wie sie durch Hunger und Kälte gezwungen

waren, in die Modelldörfer zurückzukehren. Dort mussten die Männer in den PAC (Zivilpatrouillen) mitmachen. Die Verteidigung versuchte dagegen zu argumentieren, aber die Fragestellungen riefen mehrfach Einsprüche hervor, denen statt gegeben wurde und somit wenig Erfolg hatten. Um 17 Uhr wurde der erste Tag beendet und auf den Folgetag um 8h30 festgesetzt.

20.03.2013 - zweiter Gerichtstag

13 Zeugen, darunter zwölf Männer und eine Frau, alle Überlebende Maya-Ixiles der in der Ixil-Region ausgeführten Massaker – jedem wurden Übersetzer zur Verfügung gestellt – sagten jeweils zirka eine halbe Stunde aus und antworteten auf die Fragen der Staatsanwaltschaft, der Kläger und der Verteidigung. Die Zeugen berichteten genaue Details von den Massakern: wo die Überlebenden selbst sich befanden, wie viele Menschen ermordet wurden, die materiellen Verluste durch die Soldaten, die Flucht in die nächst gelegenen Berge, die Lebensbedingungen in den Bergen, die Gründe für die Rückkehr in die Modelldörfer, die Arbeit mit den PAC. Die Zeugin ging vor allem auf die Erlebnisse der Kinder ein: „Wir assen nur Grässer, mir war so kalt... meine kleinen Brüder starben vor Hunger“. Zum ersten Mal können ZeugInnen über die Geschehnisse von 1982 vor Gericht aussagen. Am Anfang der Audienz setzte sich weiterhin die Spannungen zwischen den Anwälten fort. Der Anwalt, der mehr als ein Jahr Ríos Montt vertreten hatte, gab an, dass er aufgrund der gestrigen Geschehnisse nur noch Sanchez verteidigen werde. Das Gericht aber muss dem Angeklagten einen Anwalt garantieren. Minuten später aber präsentierte sich einer der alten Anwälte als Verteidiger. *Insgesamt wurden vier Sachverständige als Zeugen der Verteidigung angehört*, darunter drei Militärs. Ihre Aussagen betrafen aber mehr den Friedensprozess und die Funktionen der Armee.

21.03.2013 – dritter Gerichtstag

„Wie suchen nach Gerechtigkeit, damit unsere Kinder nicht das erleben müssen, was wir leben mussten“. Mit diesem Satz beendete einer der 12 ZeugInnen seine Aussage und fasste zusammen, was alle an diesem Tag aussagten. Der Tag war sehr bewegend für den ganzen Saal gewesen, in dem sich mehr als 250 Personen eingefunden hatten. Obwohl die Verteidigung die Zeugen zu diskreditieren versuchte und fragte, ob sie denn jemand bezahlen würde, sagten die Ixilfrauen und -männer ruhig und besonnen die Wahrheit. Die heutigen Aussagen bezogen sich auf die Ausführung der Massaker und die Flucht in die Berge unter unmenschlichen Bedingungen „Ich bin heute noch krank von dem, was mir damals geschah, jede Kleinigkeit kann mich so erschrecken, dass mein Herz wild zu klopfen beginnt“. „Und welche Schuld hatten die drei Monate alten Babys?“ fragt der 67jährige Don Gaspar. Drei Zeuginnen erzählten, wie es war, als Frau den Konflikt zu erleben. Francisco, der 1982 6 Jahre alt war, legte dar, wie die Armee ihn und seine 4 Jahre alte Schwester entführten und wie sie mit 30 weiteren Kindern im Militärstützpunkt lebten. „Einige von ihnen wurden mit dem Hubschrauber abgeholt und man weiss nicht, was mit ihnen geschah“. Der heutige Tag im Mayakalender, Nahual Tz'í, symbolisiert die Gerechtigkeit, den Schutz der weltlichen und spirituellen Gesetze, er steht für die Wahrheit, die die ZeugInnen erzählen und schützt sie.

22.03.2013 – vierter Gerichtstag

An genau jenem Tag vor 31 Jahren wurde der Staatsstreich begonnen, der am 23. März 1982 José Efraín Ríos Montt an die Macht brachte. Nun, drei Jahrzehnte später, sitzt er auf der Bank eines Gerichtes wegen einigen der blutigsten Verbrechen, die in Lateinamerika begangen wurden, und hört zu, was die Ixilbevölkerung erleben musste, während er regierte. Die ZeugInnen erzählten von den Auswirkungen der Politik der verbrannten Erde: Verfolgung, Anzünden von Häusern und Eigentum, Tod von Familienmitgliedern in den Massakern ..., Geschehnisse, die zur Zerstörung ihrer Kultur und Traditionen führte. Juan Raymundo erklärte es so: „Mein Vater und ich, wir wurden getrennt, denn er wurde in den Bergen begraben und ich, ich bin an einem anderen Ort“. Die ZeugInnen, überzeugt vom Justizsystem und ihrer Aussage sicher, erzählten vor den drei RichterInnen und den 200 weiteren Personen im Raum mit ruhiger Stimme von dem, was sie erleben mussten. Ausserdem machte ein forensischer Sachverständiger seine Aussage über die Funde bei den Exhumierungen in der Region. Dieses Mal waren weniger ZuschauerInnen da, wohl aufgrund der Osterferien. Wir bitten darum, die ZeugInnen des Ixil-Volkes nicht allein zu lassen, denn sie bezeugen Gräueltaten, die viele Gemeinden erleiden mussten, aber nicht die Möglichkeit, haben vor eine Gericht auszusagen.

25.03.2013 – fünfter Gerichtstag

„In dem Moment hatte ich zum ersten mal in meinem Leben Angst“, erzählt der Ixil Juan, 49 Jahre, als er aussagte, wie die Armee seinen Neffen und zwei weitere Führer der katholischen Kirche umbrachte. „Zum zweiten Mal hatte ich Angst an dem Tag, an dem das Massaker stattfand“. Juan beschreibt, wie die Soldaten die Häuser verbrannten und auf die Leute der Gemeinde schossen. Die Zeugenaussagen aller ZeugInnen stimmten mit solchen und ähnlichen Details von verbrannten Häusern, Tieren und ermordeten Menschen überein, ein klarer Beweis für das systematische Aktionsmuster der Armee während der 80er Jahre. Mit Mut erzählten die ZeugInnen, wie ihre Familienmitglieder getötet wurden: „Die Soldaten warfen meinem Vater, meine Mutter, meine Brüder und andere Leute in den Fluss“, so Francisco.

Elena, die damals acht Jahre alt war, erzählte, dass sie auf ihren Vater schossen und dann noch mit der Machete zuschlugen, da er nicht sofort starb. „Meine Brüder mussten sich ausziehen und wurden ins Feuer geworfen, mich warf man in den Fluss.“ Dass die Absicht bestand, sogar die Kinder auszurotten, wird klar, als bekannt wurde, dass unter den Menschen, die ins Feuer geschubst wurden, manche auch Babys in den Armen hatten. „Auf die Erwachsenen wurden geschossen und sie wurden in den Fluss geworfen. Die Kinder warf man einfach so in den Fluss, da sie eh ertrinken würden“, so eine Zeugin. Sie erzählte auch von zwei jungen Frauen, die mit in die Kirche genommen wurden, von wo man sie dann schreien hörte. „Ich nehme an, dass sie vergewaltigt wurden“. Die Verteidigung konzentrierte sich auf die Farbe der Uniform der Soldaten um herauszufinden, ob nicht etwa verschiedene Gruppen beteiligt waren. Die Zeuginnen gaben aber an, dass die einzigen, die in das Dorf kamen, Soldaten und PAC waren.

26.03.2013 – sechster Tag

Dieser Tag begann mit der Anfrage der Verteidigung, die Richterin Iris Jassmín Barrios Aguilar aus der Weiterführung des Prozesses heraus zu halten. Sie legten zwei Beschwerden ein und zielten klar auf die Unterbrechung der Verhandlung ab. Den Beschwerden aber wurde nicht stattgegeben, so entschied der Teil des Gerichts, der über die Unabhängigkeit des Gerichts wacht: „Es ist nicht möglich Situationen zu schaffen, die dazu dienen sollen, den Richtern ihre heilige Mission der Rechtsprechung zu vereiteln“, ausserdem sei es nur ein weiterer Versuch, den Prozess zu behindern. Danach ging es mit den Aussagen von 11 ZeugInnen weiter: Massaker, Flucht in die Berge, Tote. Juana, 51 Jahre alt, gab an: „Ich hatte zwei Kinder, doch vor Hunger hatten wir keine Milch und sie starben, oder die Soldaten töteten die Kinder.“ Sie erzählten davon, unter welchen Bedingungen viele Frauen ihre Kinder bekamen.

Dieses Gericht gibt den Opfern die Möglichkeit, die Wahrheit zu erzählen. „Meinem Herzen tut es gut, denn ich erzähle mir eine Last vom Herzen“, gab eine Zeugin an. Der nächste Prozesstag findet am Montag dem 1. April statt (nach Redaktionsschluss). Wir versuchen, im nächsten ¡Fijáte! weiter von diesem historischen Ereignis zu erzählen..

Repressionswelle gegen MenschenrechtsverteidigerInnen

Guatemala, 22. März. Während der historische Genozid-Prozess voranschreitet, konstatiert und kritisiert die Zivilgesellschaft gleichzeitig einen drastischen Anstieg der Attacken gegen und Ermordungen von Menschen, die für ihre Rechte eintreten. Die Konvergenz für Menschenrechte, ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen, schreibt, dass Guatemala nach Honduras und Kolumbien das Land mit den schlechtesten Bedingungen für MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) ist und dass die Regierung weiterhin wenig tut, um diese Menschen zu schützen oder bei diesen Verbrechen zu ermitteln. Laut UDEFEGUA wurden von Januar bis März 2013 76 Aggressionen gegen MRV registriert. Im ersten Quartal des Vorjahres waren es 30. Vor allem in den letzten Wochen häuften sich die Ermordungen:

- 26.2.2013: Tomás Quej, Gemeindeführer aus Purulha, Department Baja Verapaz, wird ermordet.
- 7.3.2013: Carlos Hernández, Gewerkschafter SNTGS und Anführer in der FNL sowie Mitglied in anderen Organisationen, die die Themen Naturressourcen und Megaprojekte aufgreifen, wird ermordet.
- 11.3.2013: Der Maya-Tzutujil-Zugehörige, Sol Ajcot, 68 Jahre alt aus Sololá, wurde von schwer bewaffneten, maskierten Männern erschossen. Ajcot war Mitglied der BäuerInnenorganisation CONIC und des Landwirtevereins von Santiago Atitlán.
- 11.3.2013: Rubén Mazariegos Vásquez, Generalsekretär der Gewerkschaft für Gesundheit und Vizepräsident der Einheit für gewerkschaftliche und öffentliche Aktionen (UASIP), wurde von bewaffneten Männern in seiner Wohnung in Mixco, Department Guatemala überfallen. Private Sicherheitsleute vereitelten den Mordversuch.
- 15.3.2013: Verhaftung von Rubén Herrera, welcher seit Jahren die Völker im Departement Huehuetenango unterstützt und für Volksabstimmungen vor der Errichtung von Wirtschaftsprojekten, die die Umwelt beeinflussen, eintritt. Ihm werden Terrorismus und Bedrohung der nationalen Sicherheit vorgeworfen sowie das „kriminelle Gehirn“ hinter der Opposition gegen die Unternehmen zu sein. Die Verhaftung steht ebenfalls im Zusammenhang mit den Geschehnissen in Barillas letztes Jahr im April, als Herrera angeblich provoziert habe, die Firma HidroHidro Santa Cruz, Tochterfirma von Ecoener-Hidralia Energía, zu schädigen.
- 17.3.2013: Encarnación Ramírez López, Sekretär in der Xinca Gemeinde von Xalapán, ermordet aufgrund seiner Arbeit. Am selben Tag und selben Ort wurde der Präsident des Indigenen Xinca-Parlaments, Roberto González, entführt. Dies ist nicht nur eine Bedrohung seiner Person sondern betrifft da gesamte indigene Volk der Xinca.
- 21.3.2013 Santa Alvarado, 45 Jahre, ebenfalls Mitglied der nationalen Gesundheitsgewerkschaft SNTSG, wurde von bewaffneten, maskierten Männern in ihrem Auto, in dem sie mit ihrem Mann sass, angehalten. Während man ihren Ehemann aus dem Auto zog, entführten sie Santa. Man fand sie später erwürgt im Fahrzeug wieder.

Die Lateinamerikanische Koordination der BäuerInnenorganisationen (CLOC) oder auch das Zentrum für Analyse, Bildung und Lobbyarbeit des Mayavolkes *Tnaab'il Kayb'alam*, sehen einen direkten Zusammenhang zwischen der Repressionswelle und dem Wirtschaftsmodell, welches Otto Pérez Molina anstösst. All diese AnführerInnen haben sich dem widersetzt, und wurden entweder kriminalisiert oder/und ermordet. Die CLOC macht die Regierung direkt dafür verantwortlich, aber auch die transnationalen Firmen, die ihre Sicherheitsleute bezahlen und ihre Projekte mit Feuer und Blut durchsetzen, wie es im Polochictal passiert, in San Rafael Las Flores, etc.

Laut *Tnaab'il Kayb'alam* sind „diese Aktionen eine direkte Auswirkung des strukturellen und des staatlichen Rassismus, der sich gegen die ursprünglichen BewohnerInnen dieser Region richtet. (...) Bergbauunternehmen, Wasserkraftwerkfirmen, MegaplantagenbesitzerInnen führen systematisch Attacken gegen Gemeinden und deren FührerInnen aus. Sie werden entführt, ermordet, geräumt, Ausnahmezustände werden verhängt, die Migration erzwungen, es wird bedroht, eingeschüchert, falsch informiert. Die Gewaltwelle ist Teil einer Strategie der Firmen um „ihre Territorien zu säubern“ und die indigenen AnwohnerInnen dazu zu zwingen, ihre Gebiete zu verlassen. Damit wird ein langsamer Genozid herauf beschwört. Die indigenen Völker haben seit den Friedensverträgen keine Fortschritte erkennen können. Vielmehr werden Oligarchie und der private Wirtschaftssektor durch Gesetzesreformen gestärkt. Gewalt, Hunger, Unterernährung sind Teil dieser Strategie.“

Huelga de Dolores/Aufstand der Schmerzen 2013

Guatemala Stadt, 15-22. März Die traditionelle „Huelga de Todos los Dolores“ (Streik aller Schmerzen), der seit nun 115 Jahren von Studierenden der Universität San Carlos (USAC) organisiert wird, fand auch in diesem Jahr statt und befasste sich satirisch mit den Problemen des Landes. Der Demonstrationszug von 20.000 Studierenden durch die Stadt verursachte weder materielle Schäden noch verletzt Personen.

Veranstaltungen:

Freitag, 15.03.: Erklärungen der jeweiligen Fakultäten auf dem Platz der Märtyrer im Universitäts-Campus in Zone 12 und zwölfstündiges Fest; in allen Provinzen werden ebenfalls die Huelgas eröffnet:

Samstag, 16.03.: ab 16 Uhr: Festzug vom Universitäts-Innenhof bis zum Openair-Theater Otto René Castillo, um aus 10 Kandidaten den Hässlichen König 2013 zu wählen. Nach Angaben eines Vertreters des Komitees der Huelga namens Beba sind schätzungsweise 5.000 Personen an dieser Veranstaltung beteiligt, obwohl das Gelände viel weniger Menschen fasst. Aber die Veranstaltung wecke grosse Erwartungen. Diesmal wurde die jüngste Wahl des Papstes zum Anlass genommen, einen Schornstein auf dem Theatergelände aufzubauen, der an das Konklave der Sixtinischen Kapelle erinnern soll. Auch wenn die Wahl des Hässlichen Königs feststehe, solle also weisser Rauch sichtbar werden.

Mittwoch, 20.03.: am selben Ort spielen fünf Theatergruppen (genannt la Velada, die Soiree)

Donnerstag, 21.03.: Avenida Centroamérica/13. Strasse, Zone 1: Bau der Wagen und Puppen und Masken

Freitag, 22.03.: ab 8 Uhr: Buffo-Umzug von der Universität bis zum Parque Centenario

Finanzen

Was die Kostenübernahme der Huelga angeht, so gibt es dazu keine offiziellen Stellungnahmen. Klar ist aber, dass die Ausgaben gedeckt werden durch die Parkgebühren auf dem Campus, dem Verkauf von Broschüren und Gutscheine, die in Autobussen verkauft werden, aber auch an jeden Kongressabgeordneten. Die sog. Talacha, die Sammlung in Büchsen wurde 2004 abgeschafft, da es zu Unregelmässigkeiten gekommen war bzw. unautorisierte Personen hatten Geld eingefordert. Mit den Verkehrsbetrieben wurde die Zahlung von 100 Quetzales für jeden Autobus vereinbart, um die Aktivitäten am Schmerzensfreitag zu zahlen. Die Huelgas, die von der Bevölkerung am häufigsten kritisiert werden, sind die von Quetzaltenango und San Marcos. Dort drohen die Vermummten HändlerInnen an, ihre Geschäfte zu beschmieren oder zu zerstören, wenn sie die Aktivitäten nicht finanziell unterstützen.

Satire und Farbe

Am Festzug nahmen 18 Wagen teil und mehr als 20.000 Studierende, die – erkennbar an verschiedenen Farben jeweils die insgesamt 22 Fakultäten und Akademien repräsentierten. Kontrollen gewährleisteten, dass nur eingeschriebene StudentInnen teilnahmen. Da die Plätze beengt war, gab es allerdings zum Teil heftige Kämpfe zwischen Studierenden verschiedener Fakultäten, etwa zwischen den PsychologInnen und den ArchitektInnen. Der Festumzug parodierte mit Masken öffentliche Persönlichkeiten und griff somit, der Tradition gemäss, aktuelle politische Themen auf. Thema war auch die Universitätsreform, die Bildungsreformen und die Ablehnung der diesbezüglichen Vorschläge des Bildungsministeriums. Auch auf die staatlichen Hilfen für die Plünderung der natürlichen Ressourcen wurde angesprochen. Einige zogen mit offener Kritik durch die Strassen, andere verpackten sie in Musik und Erfindungsgabe. Hauptthemen waren die Sicherheitslage, Korruption und wirtschaftlichen Probleme im Land. Jede Akademie hatte ein eigenes Thema bearbeitet.

So bestand der Wagen der AgrarwissenschaftlerInnen in einem riesigen Militärstiefel, der die Landkarte Guatemalas zermalmte und forderte damit eine Politik der Umweltbewahrung. Die Rechtsfakultät hingegen forderte den Rückzug der CICIG und verwies gleichzeitig auf das langsame und ineffiziente Rechtssystem. Die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erklärte seine Unterstützung für die Bewegung der Lehramtsstudierenden und ihr Wagen zeigte Studierende, die das Kreuz der Lehrenden trugen. Zwei weitere Figuren repräsentierten den Gewerkschaftsführer Joviel Acevedo und die Bildungsministerin Cynthia Del Águila. Die Architekturfakultät zeigte das Gebäude des Rektors als ein Ort, an dem Universität begraben liegt, gestorben aufgrund fehlender Mittel.

Musik und Protest

„Der Eifer, den ich im Inneren spüre, endet nicht, der Mut endet nicht, es bleibt lebendig die Kraft, die nur unsere Ehre belebt“, heisst es in einem Lied der Truppe Centenaria y Vitalicia, die mit ihren Balladen ihre Unterstützung für die Lehramtsstudierenden verkündeten. Die Truppe feiert ihr 25-jähriges Bestehen und wurde besonders positiv aufgenommen, da sie durch ihre Lieder bekannt sind. Andere Gruppen nahmen die Sozialpolitik der Vizepräsidentin aufs Korn, etwa die „Hütten der Polemik“ vom Typ Baldetti, die zugleich eingeweiht wurden als jene Wohnungen, die der (nun aufgelöste) Friedensfonds für die Opfer des Erdbebens von San Marcos baute.

Eine über hundertjährige Tradition

Im Jahre 1898, während der Regierung von Manuel Estrada Cabrera, wurde die Huelga de Dolores von einer Gruppe von jungen Studierenden der Fakultäten für Medizin bzw. Jura der USAC begründet. Diese versammelten sich und zogen mit kreativen Mitteln durch die Strasse, um die Regierungsarbeit zu kritisieren. Der erste Umzug fand am 1. April 1898 statt. Aufgrund der Repression wurde die Huelga ab 1903 eingestellt und 1920 kurzzeitig wieder aufgenommen. Während der 14-jährigen Diktatur Jorge Ubicos fanden ebenfalls keine Feierlichkeiten statt. 1949 wurde die Huelga vom damaligen Erzbischof Mariano Rossell y Arellano geächtet, 1956 zum zweiten Mal. Mit Beginn des bewaffneten Konfliktes in den 1960er Jahren fanden Umzüge nur innerhalb des Universitätsgeländes statt und 1978 wurden die Studierenden mit Gewalt verfolgt. Daraus entstanden die auch heute noch für die Huelgas charakteristischen Kapuzen. (Alex Rojas, *Prensa Libre* 15.03./22.03.)

“Die Huelga ist die Stimme der Ungehörten“

Der Hässliche König 2012 im Interview mit Diálogo Libre, einem TV-Format von Prensa Libre (22.03.2013).

Worauf konzentriert sich die Kritik der diesjährigen Huelga?

Unter anderem auf die Rolle des Rektors der Universität San Carlos (USAC), Estuardo Gálvez, weil er sich weigerte dafür zu kämpfen, dass fünf Prozent des nationalen Haushaltes an die USAC fliesst, so wie es die Verfassung vorschreibt. Er hat schon zwei Amtsperioden hinter sich und bis jetzt redet er nur von Schulden. Jetzt bemitleidet er sich und verlangt die 5 %, gibt sich als Verteidiger der Universität und der Verfassung aus. Wir sollten nicht für etwas kämpfen müssen, was uns verfassungsrechtlich zusteht.

Wie sehen die Huelgueros die Arbeit des Präsidenten Otto Pérez?

Er hat gewonnen, weil die Leute sich eine starke Regierung wünschten, mit harter Hand, wie er es versprach. Aber wir wissen, dass er gar keine harte Hand hat, sondern nur eine schwache, denn er hat ja nichts getan. Die Leute sehnten sich nach den Zeiten der Repression des Jorge Ubico. Es geht aber mit der Gewalt weiter, es fehlen die Medikamente in den Hospitälern und es gibt Probleme im Bildungswesen.

Was würden Sie dem Präsidenten raten?

Wir müssen aufhören die Regierungsleute bloss zu verteufeln. Man muss von ihnen Transparenz verlangen, denn das Problem der Korruption ist die erste Stufe der Leiter, die uns zu den drei grössten Problemen unseres Landes führt.

Die Vizepräsidentin sagt, dass ihr die Transparenz wichtig sei. Was sagen Sie dazu?

Ich höre das wohl, aber mir fehlt der Glaube. Auch wenn es nur ein Gerücht ist, aber es wird erzählt, dass sie dem Präsidenten zum Geburtstag ein BMW-Motorrad geschenkt haben soll. Wo kommt denn das dafür Geld her? Das ist die Frage, die wir uns alle stellen. Es sind die Stimmen aus dem Geheimen, die wir in der Huelga aufgreifen wollen, die Stimme jener, die keine Stimme haben. Das ist unsere Rolle: kritisieren, aber auch die Forderungen der ohne Stimme unterstützen.

Was ist eigentlich die wahre Bedeutung der Huelga der Studierenden?

Die Aktionen heissen „Streik aller Schmerzen“, weil wir über alle Probleme, die in diesem Land auftreten, sprechen müssen. Unser Land hat sie im Überfluss: Krankenhäuser ohne Medikamente, Schulen ohne Lehrende, PolizistInnen, die entweder kriminell sind oder keine Pistole haben. Zugleich haben wir das grösste bewaffnete Gefängnis der Welt, weil Herr Präsident, in all seiner Weisheit, möchte, dass das Waffenlager gleichzeitig das Gefängnis ist.

Wie entwickelte sich die Wahl des „Hässlichen Königs“?

Zunächst müssen wir dessen Bild wiederfinden. Sie glauben, dass er hässlich sei, aber so ist es nicht. Schauen Sie mich an! Der 'Hässliche König' wurde an der Medizinischen Fakultät geboren, von einem Studenten, Francisco 'el Mono' Escobar, den sie hinauswerfen wollten, weil er den Dekan der Fakultät aus der Fassung gebracht hatte. Es kamen die Studierenden und sagten: „Das können Sie nicht machen, denn er ist unser Hässlicher König.“

Und was ist der „Hässliche König“?

Er ist der höchste Repräsentant der Huelga.

Was ist seine Aufgabe?

Er ist kein Witzbold, aber es gibt ein paar Anekdoten. Zum Beispiel fuhr ich in El Naranjo in einem Bus. Wir fuhren so ganz ruhig dahin und sahen einen Mann, der mit seinem Rollstuhl auf abschüssiger Strecke fuhr. Später erreichte ihn die Verkehrspolizei auf zwei Motorrädern und als wir ihn trafen, sagte er uns: „Diese Teufel haben mich wegen Geschwindigkeitsübertretung belangt, und das ist ja noch gar nichts, einmal schlief ich und sie setzten mich mit einer Parkkralle fest.“

Was ist das Charakteristische an dieser Tradition?

Der oder die Studierende nimmt an der Huelga teil und die Huelga muss von den Studierenden gemacht werden, aber sie gehört dem ganzen Volk. Für die Studierenden bedeutet die Beteiligung auch, sich mit ihrer Fakultät zu identifizieren und dem Volk die Botschaft auszusenden, dass jeder Beruf etwas Spezielles zu den Problemen des Landes sagen kann. Etwa der Ökonom über die Finanzkrise, der Jurist über das Rechtssystem, der Mediziner über die Unterversorgung in den Krankenhäusern und so weiter.

Im Falle Ihrer Fakultät, der Ökonomie, welche Kritik gibt es da?

Uns fehlen die 5 % des nationalen Haushalts, die uns zustehen. Wir beklagen die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, die nun die BesitzerInnen von Motorrädern ebenso zahlen müssen wie solche von Sattelschleppern oder Raumschiffen.

Und was ist mit dem Kongress, welche Botschaft hat die Huelga diesmal für ihn?

Die selbe Botschaft, weil es viele Maulhelden gibt, die labern und tun nichts. Wir kritisieren auch den mangelnden politischen Willen, die persönlichen und gesellschaftlichen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu beachten. Fachleute sagen, dass die Gesamtheit der Steuerflucht ausreichen würde, die Hälfte der Auslandsschulden auszugleichen. Diese Fragen werden wir ansprechen, da kein Wille erkennbar ist, die Situation zu verbessern.

Was sagen Sie zu dem gerade begonnenen Genozid-Prozess gegen General Efraín Ríos Montt?

Also nur deswegen werden sie mich nicht hindern, Probleme anzusprechen. In der Tat ist das ein ernstes Thema. Hoffentlich zahlen nun jene, die dem Land geschadet haben, mit selber Münze zurück. Egal, ob es um Korruption geht oder darum, unschuldige Menschen umzubringen. Schuld sind jene, die ein Handy klauen, aber auch jene, die es kaufen. Ich werfe keinen Stein; aber wer Schaden angerichtet hat, muss dafür gerade stehen.

¡Fijáte!<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF
Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF. Konto-Nr. PC: 30-516068-6